

AUSSPRACHE

„Freiwilligkeit oder Zwang“

I

Unter dieser Überschrift erschien im Septemberheft ein Aufsatz von Frau *Gertrud Mahnke*, der das Problem des Schwesternmangels so einseitig und negativ behandelte, daß mir eine Ergänzung nötig zu sein scheint. Ich glaube aus dem letzten Satz dieses Artikels, der feststellt, daß die Diskussion zu diesem Thema noch nicht beendet sei, den Wunsch nach einer weiteren Erörterung heraushören zu dürfen. Ich bin seit Jahrzehnten wegen einer Lähmung an den Rollstuhl gefesselt und kann ein Lied davon singen, was es heißt, auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, wenn es an Pflegekräften so sehr mangelt, wie es leider der Fall ist und von Frau Mahnke auch zugegeben wird. Der Gedanke an die nach Zehntausenden zählenden Menschen, die im Alter oder im Krankheitsfall in der gleichen Lage sind wie ich, bewegt mich, um die Aufnahme der folgenden Zeilen zu bitten.

Frau Mahnke sieht als einen der Hauptgründe, die nach ihrer Ansicht gegen ein Pflichtjahr sprechen, die Gefahr einer systematischen Ausbeutung der Arbeitskraft junger Menschen in den Pflegeanstalten und in der Hauswirtschaft an. Niemand wird den Gewerkschaften das Recht und sogar die Pflicht absprechen dürfen, jeglicher Ausbeutung der Arbeitskraft vorzubeugen. Es kann daher niemals der Zweck eines sozialen Pflichtjahres sein, billige Arbeitskräfte zu besorgen. Man wird fordern müssen, daß in der Organisa-

tion eines Pflichtjahres, wenn es eingeführt werden sollte, Vorkehrungen getroffen werden, die solches verhüten. Ich halte diese Gefahr nicht für gegeben, da die Beschäftigung der jungen Mädchen auf Krankenanstalten, Alten- und Kinderheime und andere gemeinnützige Pflegeeinrichtungen beschränkt sein muß. Würde den jungen Mädchen freigestellt, das Pflichtjahr nach eigener Wahl in kinderreichen Familien und mutterlosen Haushalten abzuleisten, so müßte natürlich eine angemessene Entschädigung dafür geleistet werden, die ganz oder teilweise zur Finanzierung der Institution verwandt werden könnte. Jedenfalls wird die Überwindung dieser Schwierigkeit, wenn sie überhaupt bestehen sollte, das geringste Kopfzerbrechen bereiten; daran dürfte das Pflichtjahr nicht scheitern.

Was mich beim Lesen des Aufsatzes von Frau Mahnke am meisten gewundert hat, das ist die grundsätzliche Ablehnung des freiwilligen sozialen Jahres durch die Gewerkschaften, da man doch von dieser Einrichtung nur Gutes gehört hat. Es ist richtig, daß das freiwillige soziale Jahr das Gesamtproblem nicht gelöst hat. Das hat aber auch niemand erwartet. Wenn seit der Gründung der ersten Gruppen durch den jetzigen Landesbischof *Dietzelbinger* im Jahre 1951 jährlich auch nicht mehr als 1400 Mädchen teilgenommen haben, so bedeutet das Jahr für Jahr immerhin eine Hilfe für Zehntausende. Das ist doch wohl der Mühe wert. Der wichtigste Erfolg des freiwilligen sozialen Jahres ist aber, daß es gezeigt hat, wie junge Menschen ein Jahr ihres Lebens der Gemeinschaft widmen können zur Überwindung eines auf andere Weise nicht zu behebbenden Notstandes, unter dem sehr viele einzelne Menschen leiden.

Nun gebe ich zu: Wenn bessere Mittel gefunden werden, um das gleiche Ziel zu erreichen, dann wird das Pflichtjahr überflüssig. Frau Mahnke meint, daß bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen allein zum Ziel führen würden. In den letzten Jahren sind Gehälter und Arbeitsbedingungen erheblich verbessert worden — mit einer Ausnahme allerdings, die von entscheidender Bedeutung für die Berufswahl ist: Wegen des Schwesternmangels muß die Arbeitskraft der vorhandenen Schwestern überfordert werden mit der Folge allzufrühen Verschleißes, und weil die Arbeitskraft ständig überfordert wird, bleibt ausreichender Nachwuchs aus. Aus diesem Teufelskreis gibt es nur den einen Ausweg, daß durch geeignete Maßnahmen die Schwestern entlastet werden. Dazu wäre das soziale Pflichtjahr ein gutes Mittel, anscheinend das einzige, das Erfolg verspricht. Wenn ein Bischof die Verwaltungen der kirchlichen Krankenhäuser seiner Diözese mahndend darauf hinweist, daß die Zahl jener Ordensschwestern ständig zunimmt, die um Entbindung von ihren Ordensgelübden bitten, weil sie die

Last nicht mehr tragen können, dann beweist das doch, daß es nicht die Entlohnung ist, die den Schwesternberuf so wenig anziehend macht. Nach Professor *Bock* hat der Beruf der Krankenschwester unter allen Frauenberufen die größte Schwundrate. Hier muß der Hebel angesetzt werden!

Wie ernst die Lage ist, geht aus der Eröffnungsrede hervor, die der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin, Professor Dr. Bock, auf dem 74. Kongreß dieser Gesellschaft gehalten hat. Er forderte die Einführung mindestens eines halben Pflichtjahres, um dem Notstand abzuweichen. Die Zustände in den Krankenhäusern und Kliniken charakterisierte er durch folgende Tatsachen:

„Weil Schwestern fehlen, sind

1. neuerbaute Klinikabschnitte nicht in Betrieb zu nehmen,
2. Intensivpflegestationen nur behelfsmäßig z. T. mit Studenten zu betreiben,
3. für Nachtwachen zu wenig und oft nur ungeeignete Kräfte einzusetzen,
4. die Diätmöglichkeiten nicht voll auszunutzen.

Schon heute kann die Schwester

5. ihrer eigentlichen Aufgabe der Krankenpflege sich nicht genügend widmen,
6. ihrer Pflicht, jedem Patienten jede Arznei darzureichen, nicht nachkommen, sondern sie muß oft die ganze Tagesration auf einmal ausgeben, was bei der heutigen Vielzahl der Medikamente und bei der beträchtlichen Anzahl ausländischer Hilfskräfte und Patienten kaum zu verantworten ist.“

Ist aber ein Pflichtjahr, wie es Professor Bock in Übereinstimmung mit Professor *Thielicke* und Dr. h. c. *Walter Hensel* (ehemals Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft) und andere forderten, überhaupt praktisch durchführbar? — Die Zeitschrift der Deutschen Krankenhausgesellschaft „Das Krankenhaus“ hat im Februarheft 1967 eine Studie von *Bernhard Baak* veröffentlicht, in der der überzeugende Versuch unternommen wird zu zeigen, wie ein soziales Pflichtjahr mit einem Minimum von Zwang und ohne unverhältnismäßige Kosten durchgeführt werden kann. Den jungen Mädchen soll nach diesem Vorschlag das Recht gegeben werden, sich den Arbeitsplatz frei zu wählen, und demgemäß sollen die Anstalten und Heime freie Hand in der Auswahl der von ihnen gewünschten Kräfte haben. Dadurch wäre eine Auslese der für die verschiedenen Verrichtungen geeigneten Kräfte weitgehend gesichert. Das wäre von besonderer Bedeutung für die jungen Mädchen, welche die Schwestern unterstützen und entlasten sollen. Ich muß mich darauf beschränken, diesen einen Punkt herauszustellen. Die Studie setzt sich mit allen Aspekten des Problems auseinander; darauf sei nur kurz hingewiesen.

In den mir bis jetzt bekannt gewordenen ablehnenden Stellungnahmen zum Pflichtjahr habe ich immer vermißt, daß versucht wird, Anregungen dafür zu geben, auf welche andere Weise der Personalnot in allen Pflegebereichen *wirksam* zu Leibe gegangen werden könnte. Man kann sich doch nicht damit begnügen, einen zweifellos ernst zu nehmenden Vorschlag einfach abzulehnen, weil er auch seine Mängel hat — wo gibt es die nicht? —, ohne Ersatz dafür anzubieten. Ich glaube, die Lage spitzt sich so zu, daß eine unvoreingenommene, von Gefühlen nicht belastete Auseinandersetzung um die Mittel zur Lösung der Schwesternfrage, um die es doch allein geht, nicht länger umgangen werden darf. Dazu wollte ich einen kleinen Beitrag leisten.

Gertrud Hartfuß, Ballern über Merzig/Saar

II

Gertrud Hartfuß, für deren Beitrag sehr zu danken ist, greift aus dem auf die gesamte Problematik der „Zwangsfreiwilligkeit“ bezogenen Artikel zwei wesentliche Punkte heraus, die tatsächlich verdienen, weiter diskutiert zu werden:

Erstens fragt sie, wie man das freiwillige Sozialjahr grundsätzlich ablehnen könne, da doch nur Gutes über diese Einrichtung zu hören sei;

zweitens gibt sie zu bedenken, ob nicht das Pflichtjahr das beste Mittel sei, unter den gegenwärtigen Bedingungen den die Gesellschaft besonders belastenden Schwesternmangel zu beheben. Welche andere Möglichkeiten gäbe es, die Personalnot wirksam zu bekämpfen?

Gutes über den Tatbestand zu berichten, daß jährlich 1400 Jugendliche sich für den schwierigen sozialen Dienst entscheiden, dürfte nicht schwer sein. Aber die Klagen über die alten Probleme sind nicht verstummt. Das freiwillige soziale Jahr könnte keine wirklich ins Gewicht fallende Hilfe verschaffen, so sehr Einzelnen damit geholfen werden mag — ein gewiß nicht zu unterschätzender Sachverhalt, der indessen die gesellschaftlichen Probleme eher verdeckt als löst. Das freiwillige soziale Jahr ist eher ein Palliativ- als ein Heilmittel: die Notwendigkeit grundlegender Reformen wird durch solche Pflaster nur verdeckt.

Grundsätzlich ist das freiwillige Jahr mit der historischen Erfahrung belastet, daß die Freiwilligkeit bei Fortbestehen des gesellschaftlichen Notstandes in eine Zwangsinstitution verwandelt wird: eben in ein Pflichtjahr mit allen dazu gehörenden Apparaten und Folgen. Hinzu kommt die spezielle Ungerechtigkeit, von der Beitragszahlung zur Rentenversicherung zu befreien — ein Verstoß ge-

gen die Solidarhaftung der Arbeitnehmer. Endlich wird das Beibehalten einer reaktionären und gefährlichen gesellschaftlichen Ideologie gefördert: daß die „sozialen Berufe“ zum Überbrücken der Zeit zwischen Schulentlassung und Ehe besonders geeignet seien. Diese geförderte Ideologie bedeutet eine Unterdrückung der Frauen; die Frau soll nicht — wie der Mann — einen Lebensberuf ergreifen, durch den sie eine gewisse Selbständigkeit und Selbstentfaltung in unserer heutigen Gesellschaft erfahren kann. Vielmehr erfüllen die „sozialen Berufe“ den eigentümlichen Beruf der Frau, sich auf ihre Tätigkeit als Hausfrau vorzubereiten und als Hausfrau ihr Leben zu beschließen. Die „niedrigen“, gleichwohl „erfüllenden“ Tätigkeiten, die ein solches Dasein mit sich bringt, würden durch ein soziales Jahr vorteilhaft eingeübt. Wird in solchen Vorstellungen die Tätigkeit der Frau — auch der Hausfrau — abgewertet, so berührt eine solche Ideologie keineswegs nur den sozialen Beruf. Den Frauen wird grundsätzlich eine Position zugeschrieben, die Heim und Herd, Küche, Kinder und Ehemann zur naturgegebenen Bestimmung der Frau schlechthin stempelt.

Das Pflichtjahr verstößt darüber hinaus gegen den Artikel 12 des Grundgesetzes (niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden). Die Erfahrungen aus der Zeit des „Dritten Reichs“ verbieten ohnedies, ein Pflichtjahr als segensreiche Einrichtung darzustellen. Vor allem aber spricht nichts für die Vermutung, daß ein Pflichtjahr zu einer wirksamen Entlastung in der Krankenpflege, zu einer großen Hilfe für die dort Beschäftigten führen kann. Die Krankenpfleger müßten vielmehr zu ihrer heute gewiß unerhört großen Arbeitsleistung auch noch die Ausbildung und Betreuung der ja völlig oder nahezu unerfahrenen herangezogenen Pflichtjahrsabsolventen übernehmen, ohne diesen mehr als die einfachsten Arbeiten übertragen zu können: Putz- und Küchendienst usw. Ebenso gewiß ist, daß eine nicht freudig, sondern widerstrebend verrichtete Arbeit im Krankendienst nicht ohne negative Folgen für den Kranken, wie für den Pflichtjährigen bliebe. Hingabe kann man nicht erzwingen, Krankenpflege nicht ohne schwere Schäden befehlen.

Eine Lösung des „sozialen“ Problems muß die Wurzeln des Übels beseitigen, darf aber nicht neue Übel hinzufügen, ohne die alten wirksam beheben zu können. Der Weg des geringsten Widerstands, den das Pflichtjahr vielen darzustellen scheint, wäre auch hier der Weg der geringsten Hilfe. Eine wirksame Abhilfe des gesellschaftlichen Notstandes könnten nur verbürgen: die Hinführung zur Arbeit durch die Schule, grundlegende Reform der Methoden und Bildungsorganisationen sowie der Arbeitsorganisation dieser Berufe. Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Bezahlung

müssen so gestaltet werden, daß diese Berufe nicht nur von einer (zu) kleinen Bevölkerungsschicht gewählt werden können. Von materieller Benachteiligung, gesellschaftlicher Diskriminierung und außerordentlichen Arbeitsanforderungen kann man sich schwerlich genügenden Berufsnachwuchs versprechen. Daß Reformen wirksame Abhilfe schaffen können, beweisen Erfolge in solchen Krankenhäusern, die auf Grund entsprechender Maßnahmen Schwestern- und Arbeitskräftemangel nicht mehr kennen.

Gertrud Mahnke, Frankfurt/Main